Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 19. April 1919 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 42

Ostern!

Weiß doch der Gärtner,
wenn das Bäumchen grünt,
daß Blüt' und Frucht
die künftigen Jahre zieren.
Goethe.

Aus unsrer Kindheit Tage leuchten uns die Osterfeste wie ein Kranz schöner Blumen, als eine Reihe heller und freundlicher Tage in das irre und wirre Gewölk der Gegenwart. Der Klang der Osterglocken in unsrer Jugendzeit war sicher für uns alle ein andrer als der Glockenklang, der uns jetzt verkünden soll, daß eine neue Menschenwelt, eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Werden und Auferstehen begriffen ist. Novemberstürme haben nicht nur das letzte welke Laub von den Bäumen gefegt, sie haben auch unter stürmischen Akkorden ein Jahrhunderte altes Herrschafts- und Knechtschaftssystem vom Throne gejagt. Der Geist der Revolution gegen alle und jede Unterdrückung von Menschenwürde und Menschenrecht durcheilte im Sturmschritte die winterlichen Landschaften Europas von Osten nach Westen. Rechts wie links seiner Heerstraße segte er um, was morsch und alt war; aber rechts wie links knickte er auch manchen hoffnungsvollen Sprößling der Menschheitskultur. Wirtschaftliche und geistige Trümmer liegen allerwärts zuhauf. Äußerer Druck und innerer Hader erschweren mehr als je eine reinliche Scheidung zwischen einst und jetzt. Neue und alte Zeit, neuer Geist und alte Mächte ringen noch auf Leben und Tod miteinander. Und statt des langersehnten Friedensgeläutes hören wir das Grollen betrogener oder betörter Volksmassen immer lauter von Stadt zu Stadt und von Land zu Land. Wer wird Sieger bleiben? Das Leben oder der Tod? Alter Materialismus oder neuer Idealismus?

Die Antwort auf alle diese Fragen gibt uns die Natur in Wald und Feld. Denn „vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden belebenden Blick!“ Der alte grimme Winter ist abgetan und mußte sich, wenn auch grollend, in die rauhen Berge zurückziehen. Höher und höher steigt die Sonne von Tag zu Tag. Sie treibt Knospen und Blüten als Schmuck eines neuen Osterfestes der Natur, auch den Menschen ein lebendiges und erhabenes Beispiel für ein Auferstehungsfest der Menschheit gebend. Auch bei uns zeigen sich alljährlich zur Osterzeit Knospen und Blüten an den Zweigen unsres Berufs. Halbe Kinder noch, vor wenigen Tagen erst aus der Schule entlassen, treten dieser Tage wieder viele Hunderte als Lehrlinge in unsern beruflichen Arbeitskreis. Nicht geringer wird die Zahl jener sein, die zu gleicher Zeit ihre Lehrjahre beendet haben und nun als junge Männer und jüngste Gehilfen in den großen sozialen Kreis der beruflichen Kollegialität treten. Diese Knospen wie Blüten gilt es in unsre ganz besondere Obhut zu nehmen; die einen väterlich, die andern als junge Kollegen und Freunde. Von unsrer diesbezüglichen Pflichterfassung und -erfüllung wird es in jedem Fall abhängen, ob aus diesen Knospen und Blüten Früchte heranreifen, daß wir alle von einer guten Ernte sprechen können. Darum Hand ans Werk! Zwietracht hinter die Tür und Einigkeit herfür!

Mag es sonst um uns herum aussehen, wie es will, bei uns selbst und in uns selbst muß vor allen Dingen klar sein, was wir wollen. Wir selbst machen uns die Welt zum Jammertale, wenn wir nur über die schlechten Zeiten und noch schlechteren Menschen jammern. Wir und alle andern sind von Natur aus, so wie wir sind; aber wie wir und andre sein sollen, sagt uns nur eine innere ideale Stimme: der Geist der Zeit, der im Grunde genommen doch auch nichts andres ist als unser eigner Geist. Der alte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis liegt schon in dem uralten Widerspruche zwischen Wort und Tat. Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Taten aber auch nicht weniger Unheil stiften. Wie man das Leben nimmt, und wie man es schaut, so ist es. Den einen zieht's zum Jägerhause, der andre will zur Mühle wandern, ein dritter sucht die schönsten Mädchen, der vierte das beste Bier, der fünfte beizenden Tabak — der sechste schimpft über den Gehilfenvertreter oder über die „Korr.“-Redaktion. Und so geht es fort in bunter Folge selbst in Zeiten der Revolution, sei es zu Ostern oder zu Pfingsten. Jeder will was andres, und zwar um so unruhevoller, wenn sich seine Seele gleich jener von Goethes Faust allzusehr im menschlichen Suchen und Irren verstrickt. Und „doch ist es jedem angeboren, daß sein Gefühl hinauf und vorwärts drängt“. Wohl dem, der dieses Gefühl noch nicht verloren, der noch nicht so in materialistischer Geschichtsauffassung versteinert ist, daß diese wie ein schwerer Grabstein jede Auferstehung der menschlichen Vernunft verhindern kann. Gesunde menschliche Vernunft oder einfacher Menschenverstand seien daher auch heute unsre Führer, wenn wir auf einem kurzen Osterspaziergang unser berufliches und gewerkschaftliches Ackerfeld kritisch überschauen wollen.

Schwer und hart war das Ringen um jeden auch noch so kleinen Fortschritt in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht unter dem alten Wirtschaftssystem. Die alten Staatsgewalten als geschäftsführende Ausschüsse der privatkapitalistischen Kompressionsmaschinerie hielten mit starker Hand jede freiheitliche Regung der arbeitenden Klassen nieder. Eng und mühsam war der Pfad, den auch wir Buchdrucker am Stecken und Stabe der Tarifgemeinschaft unter diesen Verhältnissen zurückzulegen hatten, um wenigstens einigermaßen unser Leben fristen zu können. Daß dabei vieles Ungemach und manche Enttäuschung mit in Kauf genommen werden mußten, das fiel unsern Führern oft viel schwerer auf die Seele als den Kollegen, die dafür keine Verantwortung zu tragen hatten. Sie wußten aus eigner persönlicher Erfahrung, daß auch ihr höchster Idealismus nicht jene Kraft ersetzen konnte, die bei vielen Kollegen zur Durchsetzung höherer Ziele noch fehlte. Sie mußten es sich trotzdem oft noch gefallen lassen, aus Kollegenkreisen als Bremser, Bureaukraten, ja nicht selten als Verräter der Arbeiterschaft verleumdet und verschrien zu werden. Daß sie daneben noch von den damals herrschenden Staatsgewalten und ihren Schleppenträgern wegen ihrer energischen Verfechtung von Arbeiterinteressen als Hetzer und Verführer der friedlichen Arbeiterschaft verfolgt wurden, bildete die ebenso traurige Rückseite dieser Medaille. Trotzalledem ging aber der gewerkschaftliche Weg bergan. Mehr und mehr stieg die öffentliche Bedeutung der Gewerkschaften. Sie wurden trotz zunehmender Kapitalisten- und Herrengewalt soziale Machtfaktoren, mit denen die Staatsgewalten je länger desto mehr rechnen mußten. Und wenn nicht die Kessel imperialistischer Heißsporne allzusehr überhitzt und dadurch die Explosion der kapitalistischen Weltwirtschaft hervorgerufen worden wäre, hätten wir zweifellos auch ohne Weltkrieg schon soziale Wirtschaftskämpfe durchzumachen gehabt, die für die Gewerkschaften von unabsehbaren Folgen gewesen wären. Und auch heute noch steht für jeden vernünftig denkenden Menschen fest, daß selbst die Revolution die Gewerkschaften nicht vor den letzten großen Abrechnungen mit der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung bewahren wird.

Die politischen Fanfaren haben wohl schlummernde und träge Geister wachgerufen, aber die geistige Willenskraft zum zähen Ausharren im Um- und Ausbau der sozial-wirtschaftlichen Grundlagen im Kampfe ums Dasein können sie nicht vermitteln. Links wie rechts der großen Heerstraße der Revolution wird unheimlich viel gesündigt. Schakale von links wie rechts vereinigen jetzt schon ihre Rufe zu einer Übertönung der echten und wahren Rufe nach Freiheit und Brot aus der Tiefe des Volkes. Gesunder Menschenverstand sträubt sich dagegen, ein Unterdrückungs- und Gewaltsystem, das unter unheimlich vielen Opfern an Blut und Gut endlich zum Tempel nach rechts hinausgeworfen ist, nun von links wieder eingeführt werden soll. Eine solche Gaukelei ist aufrichtigen und wahren Menschentums unwürdig. Das wäre keine Auferstehung der geistigen Freiheit, sondern nur eine abermalige Grablegung!

Vor einer solchen Erdrosselung der geistigen Freiheit muß uns der Klang der diesjährigen Osterglocken wie ein Feueralarm durch alle Gaue warnen. Und wem dieser eherne Klang als Menschenwerk immer noch als zu trügerisch erscheint, der gehe hinaus vor die Tore seiner Stadt und überzeuge sich aus eigner Anschauung in freier Natur von dem stillen und zweckmäßigen Aufbau der Gräser, Halme, Blüten und Knospen. Kein Hälmchen regt sich ohne den dazu nötigen Luftbauch, kein Schatten bildet sich ohne Licht, kein Bächlein rauscht ohne Quelle; und selbst in den künstlichen Schöpfungen der Menschen, die sich z. B. als Telegraphenleitungen längs der Landstraße ziehen, summt die Natur ihr hohes Lied, das uns in harmonischen Akkorden lehrt, daß es zwischen Himmel und Erde nichts gibt, was durch sich allein bestehen kann. Die Geschichte eines Sandkörnchens, das wir mit Füßen treten, kann älter und gewaltiger sein als die der ganzen Menschheit.

Aber gerade aus der Erkenntnis solcher Zusammenhänge und ihrer Würdigung bei allem menschlichen Tun und Lassen ergeben sich die Grenzen aller Menschenmacht und -freiheit. Wer diese Erkenntnis aus seinem Leben gewonnen und auch heute noch sein eigen nennt, hat innersten Anteil an der Auferstehung jenes Geistes, der allen Gewalten zum Trotz sich durchsetzen wird, weil er nicht in nebellose Fernen schweift. Dieser Geist, ob übernatürlich oder nur als höchste Konzentration natürlicher Qualitäten, rechnet als gesunder Menschenverstand seinesgleichen weder zu den Teufeln noch zu den Göttern. Er verwirft alles Gewaltsame oder Willkürliche. Ihn tragen einzig und allein höhere sittliche Überlegungen, die in dem inneren Freiheitstrieb jedes Menschen die Keime einer fortschreitenden Entwicklung der menschlichen Kultur, in der möglichst freien Entfaltung ihrer Blüten zu reifen Früchten die Möglichkeit einer Auferstehung und eines Sieges des menschlichen Geistes über die Feinde alles dessen erkennen, was Menschenantlitz trägt!

Im Wachsen wollen wir lernen

Vergebens werden ungebundene Geister nach der Vollendung reiner Höhe streben. Wer Großes will, muß sich zusammenraffen; in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister, und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben. Goethe.

Wir leben in einer vorzugsweise lehrreichen Zeit. Abermals im ewigen Kreislaufe des Werdens und Vergehens will sich die Welt erneuern. Die Zukunft — ja selbst die Gegenwart — kann man unter diesen Umständen nur in undeutlichen Umrissen sehen, aber einige größere Linien lassen sich doch schon ziehen. Was an Verbesserungen bereits erreicht, was voraussichtlich demnächst noch erreicht werden kann, und was bis auf weiteres noch zu wünschen übrig bleiben muß (das letztgenannte ist nicht zu wenig), soll in den folgenden Zeilen nicht näher behandelt werden, da es ermüdend wirkt, Allbekanntes immer wieder zu hören. Dagegen möchte ich gern einige Punkte knapp berühren, die in kollegialen Gesprächen jetzt noch so oft erörtert, aber nur dort vorgebracht, ihren Zweck verfehlen.

Der Revolutionierung leichtester Teil ist vollbracht. Zu einem guten Teile Gewaltiges ist niedergerissen. Dazu genügte eine Sturmminderheit und die Gleichgültigkeit der Mehrheit. Jetzt kommt erst die Hauptarbeit: das Aufbauen. Die Gewerkschaftler als solche sind bisher weit über Gebühr im Schatten gestanden und im Weltlaufe fast immer von Leuten überholt worden, die an wirklich schöpferischer Arbeitsfähigkeit vielfach hinter ihnen zurückbleiben. Nun aber ist es höchste Zeit, daß die Gewerkschaften geschlossen vor die Front treten! Soll das Erreichte nicht wieder verloren gehen, dürfen die sich als Kraftmeier gebärdenden Schwadroneure mit ihrem Grundsatze „Freie Bahn den Untüchtigen!“ nicht mehr ohne schärfste Kontrolle bleiben. Ein scharfer Trennungsstrich muß nunmehr die Geister nach ihrem positiven oder negativen Gehalte scheiden. Und Gewerkschaftler sein und bleiben heißt immer noch aufbauen, organisieren und schaffen — nicht in Scherben schlagen. Jeder, der noch gewerkschaftlich und staatsbürgerlich unter uns [illegible] Kräfte, die in den Gewerkschaften stehen, dürfen nicht [illegible] zersplittert werden. Jede Halbheit muß unter den heutigen Verhältnissen zum Bankrott führen. Die Gewerkschaften sind die berufensten Sachwalter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und nicht die Syndikalisten, Bolschewisten, Kommunisten, Spartakisten, Anarchisten, Moskowiter und ihre Abkömmlinge.

Wer gegenwärtig sich herausnimmt, nicht allen zu Gefallen zu reden, setzt sich leichter als sonst der Gefahr aus, daß seine Absicht gründlich mißverstanden oder ins Gegenteil verkehrt wird. Trotzdem will ich eine Wunde aufschneiden, die uns besonders im Fleische eitert.

Noch nie ist wohl auch gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eifriger gepredigt worden: Seid auf dem Posten, haltet Disziplin, wenn aus keinem edleren, so doch aus Selbsterhaltungstrieb. Leider verhallt der Ruf so oft wie die Stimme des Predigers in der Wüste. Die immer noch wachsende Widerstandslosigkeit der bisher geradezu hervorragend organisierten und disziplinierten modernen Arbeiterschaft gegenüber einer wüsten anarchistischen Agitation ist schwer zu begreifen. Aber auch nicht wenige politische und gewerkschaftliche Führer haben die in sie gesetzten Erwartungen unerfüllt gelassen. Anstatt zu marschieren, sind sie geschwommen. Enttäuschungen schwerster Art gab es auf beiden Seiten reichlich bei den Führern und bei den Massen. In dieser Beziehung kann manches psychologische Rätsel überhaupt nur der Lösung näher gebracht werden, wenn man den Zustand völliger Erschöpfung und Ermüdung durch den ungeheuerlichen Weltenbrand wenigstens in Rechnung stellt. Es muß aber ausgesprochen werden, damit man an der richtigen Stelle helfend eingreifen kann: Beide Teile — Massen und Führer — haben sich und ihre Kräfte gegenseitig überschätzt! Das so bitter nötige Vertrauen ist nicht immer vorhanden — zu der Sache nicht und zu den Personen nicht. Es ist erschreckend, zu sehen, wie um dieses Dilemma herumgegangen wird. Man schreibt und redet viel von neutralen Dingen; die Kraft wird verschwendet mit Fragen, die im Wirrwarr der Zeit noch zu wenig reif und wahrscheinlich ganz anders geboren werden, als man heute annehmen kann. Man treibt die Politik des Vogels Strauß. Und man sieht sich schon nach einem bequemen Sofa um, derweilen man Nachbarn, Polizei und Feuerwehr helfen sollte, das Haus — in dem das Sofa doch bloß stehen kann — vor dem völligen Zusammenbruche zu retten.

Man vermißt in dem Durcheinander klare Gedanken, leitende Prinzipien. Öffentliches Stehen zu der für richtig erkannten Sache fehlt. Grundsatzlosigkeit ist Trumpf! Großzügiges und energisches sowie einig-geschlossenes Zusammenfassen und Vertreten der Gewerkschaftsinteressen, was ersprießliches Wirken garantiert, fehlt. Der brutale unsozialistische Grundsatz herrscht: Wer schwimmen kann, der schwimme, und wer nicht schwimmen kann, der gehe unter! Gegenüber den Kreisen, die „strebend sich bemühen“, den heutigen Kuddelmuddel zu einer Dauererscheinung zu machen, müssen die Gewerkschaftler so viel staatsbürgerliche Moral aufbringen, daß die Rechte und Freiheiten nicht eingeengt werden. Denn „wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Übel und leitet es weiter“. Die Herren-im-Hause-Diktatur wollen wir nicht eintauschen gegen eine Diktatur der vor kurzem noch gelb oder gar nicht organisierten Leute. Wir wollen die arbeitenden Klassen auf eine höhere Stufe bringen, aber nicht im Sinn einer gewissen Hottentottenmoral alles, was sich über die niedrigste Klasse erhebt, in ein für alle gleiches und furchtbares Elend herabzerren. Verfassungsänderungen allein können die Menschen nicht von Grund aus umwandeln. Mit dem Geiste des Fortschritts muß auch der Mut der Überzeugung vereint werden. Tausende unserer besten Kollegen sind für uns und die Idee der Freiheit gefallen; eine erschütternd große Zahl wurde zu Krüppeln gemacht, und wir sollen doch bloß für eine große Sache leben, auch wenn jeder hier kämpfen heißt. Und die Männer sollen weiter unsre Führer sein, die für ihre Überzeugung leben, nicht von ihr, und sie in dem Augenblicke wegwerfen, da sie von ihr nicht mehr leben können, in ihr keine möglichst auskömmliche Existenz mehr finden. Unsre berufenen Führer sind und bleiben diejenigen, die schon in einer Zeit mannhaft für uns eingestanden sind, als das Vertreten von Arbeiterinteressen nicht so leicht als heutzutage war! Was wir aber auch verlangen müssen, ist, daß die alten bewährten Führer mehr als dies in den letzten Monaten geschehen, in den Vordergrund treten.

Aus Erfahrung heraus habe ich mir den Grundsatz angeeignet, jede ehrliche Überzeugung unbedingt zu achten und vor jedem, der reinen Willens ist, den Hut zu ziehen. Denn mit solchen Leuten kann man sich wohl meistens auf dem Boden der Toleranz treffen. Wer aber seine — sagen wir einmal — Ideologie dergestalt in die Praxis umsetzen will, daß er damit das gewerkschaftliche Haus in Trümmer schlägt — da muß es dann mit der lieben Toleranz vorbei sein. Der Überschwang gewisser Stellen verträgt einige Hemmungen sehr gut. Andernfalls wird die Stimmung in Gewerkschaftskreisen noch mehr verschlechtert, wozu meines Erachtens gerade kein Bedürfnis vorhanden ist. Und Shakespeare behält wohl schließlich doch recht, wenn er humorvoll meint: „Und die Freiheit zieht die Gerechtigkeit an der Nase, das Kind schlägt nach seiner Amme, und in die Brüche geht der Anstand.“

In diesen Wochen liegt zweifellos auch der neue Kurs der Gewerkschaftsgeschichte. Die Bruchstücke der deutschen [illegible]
Wir brauchen die Gewerkschaften für den Sozialismus, und wir müßten sie schaffen, wenn wir sie nicht hätten. Doch waren die Gewerkschaften inmitten der stürmenden Tage gar nicht auf dem Platze? Es ist — wie schon angedeutet — nicht meine Absicht, in diesem Zusammenhange aufzuzählen, wie gut die Gewerkschaften trotz aller teils versteckten und teils ausgewachsenen Feindseligkeit die Zeichen der Zeit, die uns vor ganz neue Aufgaben gestellt, verstanden haben. Auch die zahlreichen Spezialerfolge unsres Verbandes seien hier nicht registriert. Nur ein gewerkschaftlicher Sieg sei kurz gestreift, der vor einem halben Jahre noch für ganz unmöglich gehalten und doch heute viel zu wenig gewürdigt wird. Im Lichte der riesenhaften Umwälzungen erscheinen naturgemäß die gewerkschaftlichen Erfolge der letzten Wochen klein; unter einigermaßen andern Verhältnissen hätten sie zu tiefem Nachdenken Veranlassung gegeben. Ich meine die restlose Kapitulation des Unternehmertums vor der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Nichts andres bedeutet die Vereinbarung vom 15. November 1918, durch welche die Gewerkschaften, die Angestelltenverbände und die Verbände der Arbeitgeber sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Die Gelben, von denen der Reichsminister Giesberts unlängst in Weimar die trefflich charakterisierenden Worte sprach: „Im übrigen ist es sehr bezeichnend, daß die Bolschewisten bei uns in Rheinland-Westfalen am stärksten, wo die Gewerkschaften am schwächsten sind, dort, wo gelbe Organisationen geherrscht haben“, sind in jenem großzügig-modernen Vertrage zum Tode verurteilt. Im Geiste sozialer Gemeinsamkeit soll jetzt auch auf dem Gebiete gearbeitet werden. Und zwar so ganz anders als in der Vergangenheit. Doch ist der Blick für die Bedürfnisse des so fein organisierten Wirtschaftslebens nicht verloren worden. Im Gegensatze zu denjenigen, die jetzt ganze Kübel voll volkswirtschaftlicher Erkenntnis ausschütten und den Sozialismus als ein Ding behandeln, das über Nacht eingeführt werden muß, weil es sonst gestohlen werden könnte, haben die modernen Gewerkschaftler den Sozialismus immer nur — trotzalledem auch heute noch! — als entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit aufgefaßt und dementsprechend gehandelt. Die Schwierigkeiten, die bisher entgegenstanden, sind wesentlich gemildert. Damit sind naturgemäß auch die Wege und Mittel zur Erreichung der Ziele andre geworden. Entbehren können wir aber die Gewerkschaften so wenig wie je vorher! Selbst dann nicht, wenn uns Leute (oft noch blutjunge!), die die Lücke ihres Könnens und Wissens mittels anerkennenswerter Lungentechnik zu überbrücken suchen, sagen, daß die gewerkschaftliche Seifenblasenpolitik aufhören müsse, und der Gewerkschaftsgeist samt den Gewerkschaftsbureaukraten zum Teufel gejagt zu werden schon längst verdient habe. Denn sie seien schuld an unsrer „Rückständigkeit“. Leider verhallt diese Neigung zu radikalen Worten nicht immer harmlos. Vielgeschäftige Stümperei wohl zu „Heldentaten“ über. Unter unzähligen tieftraurigen Beispielen nur ein einziges recht typisches: Das Gewerkschaftshaus in Bremen wurde am 10. Januar gewaltsam besetzt, die Gewerkschaftsangestellten entfernt und damit jede gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden. Ja, dieselbe sogar bei schwerster Strafe verboten!! Die verschärfte Spartakusrichtung wollte die Gewerkschaften ganz auflösen, während die „zarter“ Gestimmten schließlich „Entgegenkommen“ bewiesen und die Angestellten bloß durch Anhänger eigner Richtung zu ersetzen wünschten. Man schreckt auch vor dem Eigentum der Zentralverbände nicht zurück. Die Morgenröte der Freiheit wirft hier bedenkliche Lichtstrahlen auf das dunkle Treiben der gewerkschaftsfeindlichen und mit Vorliebe im trüben fischenden Elemente und verpflichtet in stärkstem Maße zur Abwehr.

Es würde zweifellos ein gesundes gewerkschaftliches Empfinden kennzeichnen, wenn die vorstehenden Zeilen objektiv so aufgefaßt würden, wie sie gemeint sind. Sie sollen ein kleiner Beitrag zu einem baldigen Ausweg aus den jetzigen heillosen Zuständen sein. Dies liegt besonders auch im Interesse gerade der handarbeitenden Schichten. Ich will mit dem Artikel nur der Sache dienen. Dies geschieht aber viel zu wenig, wenn solche Ausführungen nur in kleinen Zirkeln rückhaltlos gemacht werden. Sollte ich damit Veranlassung gegeben haben, daß auch andre Kollegen ihre Anschauung zum Ausdrucke bringen, brauche ich sie wohl nicht vergeblich zu bitten, dies in dem Sinne zu tun, daß die geschlossene Phalanx der gesamten Gewerkschaftsbewegung als vornehmstes Ziel gilt; auch wenn die persönlichen Ansichten sonst auseinandergehen. Wir wollen ja alle nur der Sache und damit uns selbst dienen.

Nürnberg. Johannes Karnahl.

Mehr Aufwand an Willenskraft!

Endlich, nach bald fünf Jahren, naht der lang- und heißersehnte Frieden. Dieser Zeitraum ist für die lebende Generation ganz beispiellos. Nicht nur in politischer Beziehung, nicht nur in Hinsicht auf die staatlichen Umwälzungen, auf die Zerklüftung der Parteianschauungen, auf die Wirren im öffentlichen Leben, sondern nicht zum wenigsten, was das geistige Wesen der Menschheit anbetrifft. Wir lebten in der Zeit der Eisenbahn, des Telephons und des Telegraphen. Da bedeutete der vierjährige Krieg für den nervösen Menschen eine Ewigkeit. Das Hasten des modernen Lebens hielt die Nerven in dauerndem Schwingen. [illegible] gekehrt. Das nervenaufpeitschende Leben an der Front, das Sehen und Miterleben all der Kriegsgreuel, das regellose Leben während des endlos langen Krieges, all dies hat die Nerven so stark zerrüttet, daß an Stelle der Empfindlichkeit ein Stumpfsinn eingetreten ist, der das ganze geistige Leben äußerst nachteilig beeinflußt.

Über die ganze Menschheit ist eine Lethargie gekommen, die geistige Erschlaffung ist eine enorm große. Wie in einem wachenden Traume lebt der Heimgekehrte dahin, er verrichtet fast mechanisch seine Arbeit, ist empfänglich für gute Unterhaltung, teilweise für tolle Belustigungen, aber nur sehr schwer ist er dazu zu bewegen, sich einer anstrengenden geistigen Arbeit zu widmen. Zugegeben, daß dieser Zustand eine Folge des Krieges ist, er ist aber auch ein Produkt des Sichgehenlassens, läßt Mangel an Selbstbeherrschung erkennen, zeigt das Fehlen an Aufwand von Willenskraft. Aber das darf kein dauernder Zustand bleiben. Gerade die heutige Zeit braucht notwendig tüchtige, rührige Kräfte. Nicht nur im öffentlichen Leben fehlen diese Kräfte, auch im gewerblichen Leben macht sich ihr Fehlen bemerkbar. So auch im Buchdruckgewerbe. Besonders in den kleineren Druckereien ist es nur noch ein mechanisches Getriebe. Die Kollegen, die während der Kriegsjahre unter schwierigen Verhältnissen geschafft haben, manche Not und Bitternis über sich ergehen lassen mußten, sind — mit Ausnahmen — jetzt abgestumpft, das Interesse an Neuem ist total eingeschläfert. Nicht minder ist es mit einem großen Teile der heimgekehrten Kollegen bestellt. Hier heißt es aufraffen, mit eiserner Energie Versäumtes nachholen. Dies gilt besonders für die jüngeren Kollegen, die infolge der Kriegswirtschaft unsagbar viel verloren haben. Oft sind sich die Kollegen dessen gar nicht bewußt. Jetzt gilt es, jede sich bietende geistige Anregung freudig aufzunehmen und zu verwerten, sich fachliche Errungenschaften mehr wie bisher zu eigen machen; jetzt gilt es, mit frischem Mut und unverzagt an seiner Vervollkommnung zu arbeiten. Darum mehr Selbstbesinnung, ein guter Wille siegt!

Wismar. E. R.

Auf zur Arbeit im Verband!

In früheren Jahren, vor dem Krieg, ertönten viele Klagelieder in den Gewerkschaftsblättern über die Lauheit der Mitglieder in Hinsicht auf den Versammlungsbesuch. Auch innerhalb unsrer Organisation war manches Wort der Kritik in dieser heiklen Frage laut geworden. Und kein Mensch wird wohl glauben wollen, daß während der langen Kriegsdauer eine Besserung im Versammlungsbesuche zu verzeichnen war — im Gegenteil! Als Entschuldigung mag nun gelten, daß während des Krieges manch einer durch den immer schwieriger werdenden Kampf ums Dasein, hervorgerufen durch die fortwährend rapid steigende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, aus dem Gleichgewichte gerissen und ihm die Möglichkeit genommen wurde, sich rege am Organisationsleben zu beteiligen. Viele Kollegen waren gezwungen, bedingt durch die den Verhältnissen entsprechende minimale Entlohnung im eignen Beruf, einen Nebenberuf in der Rüstungsindustrie zu ergreifen, um ihre finanzielle Lage zu verbessern. Daß durch diese mißlichen Verhältnisse die Organisationstätigkeit, der Sinn für kollegiale Zusammenkünfte erschlafften — und der Polizeigeist wie die Militär-

diktatur trugen auch noch ein gut Teil dazu bei —, war wohl zu verstehen und daher auch zu entschuldigen.

Aber damit ist nicht gesagt, daß es nun so bleiben muß. Der Krieg ist zu Ende. Durch die Revolution ist das alte System gestürzt! Und mit dem Handwerkszeug, das uns die Revolution beschert hat: Preß- und Versammlungsfreiheit, müssen wir uns ein neues, festeres Gebäude erbauen, in dem zu leben es eine Lust sein soll. Aber vieles gibt es noch aufzuräumen in diesem Chaos der Verwüstung. Glaube nur ja keiner, die Arbeit wäre getan, es wäre ein leichtes, jetzt bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, und das Wenige, was uns bis jetzt die Revolution gebracht hat, zu erhalten. Ach nein, schwere Kämpfe stehen uns noch bevor!

Das Unternehmertum wird nicht kampflos alles über sich ergehen lassen. Schulbeispiele aus dem Lager der Unternehmer — siehe Protestaktion unsrer Prinzipale gegen die letzte Teuerungszulage — bekunden das Gegenteil. Und darum Kollegen: Auf zur Arbeit! Hinein in die Versammlungen!

In früheren Jahren, und vielleicht jetzt noch, hörte man aus dem Munde der Versammlungsschwänzer vielfach die Entschuldigung: Die Versammlungen bieten uns nichts. Ihr dazu berufenen Organe, stellt die Versammlungen auf ein höheres Niveau, dann werden wir auch die Versammlungen besuchen! Und dieser Einwand war (aber manchmal berechtigt. Aber lag das nur an den berufenen Organen: Ortsvereinsvorstand usw.? Nein! Ein groß Teil Schuld war in dem Verhalten vieler Kollegen selbst zu suchen, indem sie die Versammlungen als Tummelplatz ihrer persönlichen Angelegenheiten mißbrauchten und dadurch andern Kollegen den Besuch der Versammlungen verekelten.

Es muß aber auch betont werden, daß in den Reihen der notorischen Versammlungsschwänzer Kollegen zu finden sind, die wohl in der Lage wären, die Versammlungen auf ein höheres Niveau zu stellen; ich meine den Teil der Kollegen, die durch ihre Intelligenz und durch das Vertrauen der übrigen Arbeiterschaft auf Posten gestellt wurden, durch welche sie sich vielfach ihrem alten Beruf und ihrer eigenen Organisation im Laufe der Zeit entfremdeten. [illegible] sich seit Jahr und Tag nicht mehr in den Versammlungen sehen. Zugegeben soll werden, daß diese Kollegen infolge ihrer Stellung — Arbeitersekretär, Parteisekretär und sonstige Positionen innerhalb der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung — ihr Wissen und Können der Gesamtheit zur Verfügung stellen müssen und es ihnen dadurch an Zeit gebricht, sämtliche Versammlungen ihrer Berufsorganisation zu besuchen. Es ist aber keinesfalls zu entschuldigen, daß gerade diese Kollegen — und deren Zahl ist nicht klein — die Pflichten ihrer eignen Berufsorganisation gegenüber ganz und gar vernachlässigen. Also auch an diese Kollegen richte ich die Mahnung: Helft mit am inneren Ausbau unsrer Organisation, stellt durch regere Anteilnahme an den Versammlungen dieselben auf ein höheres Niveau, und der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Solingen. J. M-r.

Korrespondenzen

Fr. Bautzen. In der **Monatsversammlung** am 15. März war ein Satzungsentwurf für die Unterstützungskasse des Ortsvereins zu erledigen sowie zur Feier des 50jährigen Ortsvereinsjubiläums Stellung zu nehmen. Um den Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen zu der vom Verband gewährten Unterstützung einen Zuschuß leisten zu können, war gegen Ende 1915 durch freiwillige Beiträge der Mitglieder ein Fonds gegründet worden, aus welchem im Laufe der Zeit bereits die Summe von etwa 1000 Mk. ausgezahlt worden ist. Da nun sämtliche Kollegen wieder in Arbeit stehen — bis auf einen, der noch in französischer Gefangenschaft schmachtet —, hätte der Fonds eigentlich seinen Zweck erfüllt. Auf Beschluß des Vorstandes soll nun dieser Fonds weiterbestehen bleiben, und zwar zu dem Zwecke, bedürftigen Kollegenkindern, Witwen und invaliden Berufsangehörigen bei eintretender Not eine Unterstützung gewähren zu können. Die Versammlung gab den Anregungen des Vorstandes ihre Zustimmung, so daß für den Ortsverein von jetzt ab eine Unterstützungskasse besteht, zu der jedes Mitglied, eingerechnet in den wöchentlichen Beitrag, seinen Teil beisteuert. Mit Dank wurde noch zur Kenntnis genommen, daß ein Kollege, der dem Fonds schon mehrere Zuwendungen gemacht, wiederum einen größern Betrag gestiftet hat. So konnte die Kasse mit einem Bestand von 400 Mk. ins Leben treten. Das 50jährige Bestehen des Ortsvereins soll durch eine Festfeier am Vormittag eines noch zu bestimmenden Sonntags im April oder Mai begangen werden.

Darmstadt. (Maschinenmeisterverein.) Die am 1. März abgehaltene **Generalversammlung** brachte auch in unsern während des Krieges nur mühsam gehaltenen Verein neues Leben. Der Jahresbericht des Vorstandes ergab, daß zwölf Mitglieder Opfer des Krieges geworden sind und ein Mitglied sich noch in Gefangenschaft befindet. Als Vorsitzender bzw. Kassierer wurden Theo Frech und Martin Hempel gewählt. Ein Vortrag über den Aufbau unsrer Sparte gab den Anwesenden ein Bild, wie es vor dem Kriege gewesen und wie es wieder werden soll. Zum Schlusse wurde noch eine Technische Kommission gewählt.

Elbing. In der am 8. März abgehaltenen **Monatsversammlung** befaßten sich die Kollegen, nach Wiederaufnahme zweier Kollegen in den Verband, hauptsächlich mit der Beschäftigung weiblicher Kräfte in den hiesigen Druckereien. Da zwölf arbeitslose Kollegen am Orte sind (darunter etliche verheiratete), besteht für uns die moralische Pflicht, zuerst unsre männlichen Arbeitsbrüder unterzubringen. Es soll dann auch mit Energie für die Entlassung der weiblichen Kräfte eingetreten werden, eventuell unter Anrufung des hiesigen Schlichtungsausschusses. Scharf verurteilt wurde die Festlegung der Teuerungszulage bis zum 31. August d. J. von sämtlichen Mitgliedern und eine diesbezügliche Resolution an den Gehilfenvorsitzenden abgesandt, in der gefordert wird, daß in Zukunft mehr Rücksicht auf die gerechten Interessen der Gehilfenschaft genommen wird. Auch eine öffentliche Aufklärung wurde empfohlen, um der Lehrlingswirtschaft, die durch den Krieg zu hoher Blüte gekommen ist, Einhalt zu tun. Berichterstattung über die Kartellsitzung, Wahl eines Vorsitzenden für die Typographische Vereinigung und verschiedene interne Angelegenheiten beendeten die recht stürmisch verlaufene Versammlung.

Grünberg (Schles.). Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 11. Januar ihre **Generalversammlung** ab; es hatten sich die vom Heeresdienste zurückgekehrten Kollegen vollzählig eingefunden. Mit herzlichen Worten begrüßte der Vorsitzende letztere im besondern. Sodann wurde der gefallenen Kollegen ehrend gedacht. Unser Ortsverein verlor durch das Völkerringen zehn Kollegen, während noch zwei an den Folgen der Grippe gestorben sind. Im Verlaufe der Kriegszeit sind an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen hiesigen Kollegen insgesamt 5303 Mk. an Unterstützungen gezahlt, die ausschließlich aus Extrabeiträgen im Bezirke aufgebracht wurden. Für Liebesgaben sind im ganzen 258,88 Mk. verausgabt worden. Eingezogen waren 39 Kollegen, davon waren 6 in Gefangenschaft geraten. Die augenblickliche Mitgliederzahl beträgt 38. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Kollegen einstimmig wiedergewählt. Die am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Teuerungszulage wurde in den hiesigen Druckereien ohne Schwierigkeiten zur Einführung gebracht.

-B- Hagen i. W. Nach Eröffnung der am 8. März abgehaltenen **Monatsversammlung** begrüßte Vor[illegible] mehr sämtliche [illegible] Teuerungszulage bezahlen. Allerdings hat es auch hier wieder bei einigen der Nachhilfe bedurft, ehe man den Gehilfen die gewiß nötige und heute kaum noch zulängliche Aufbesserung gewährte. In dem Meisterkursus für Buchdrucker in der hiesigen Fortbildungsschule haben sich bis jetzt 19 Kollegen zur Teilnahme gemeldet. Alle Lern- und Lehrmittel erhalten diejenigen, die Kriegsteilnehmer waren, kostenlos. Sodann erwähnte Kollege Lorenz, daß nun der Zeitpunkt da sei, unsern engsten Vereinigungen, von denen die Typographische Gesellschaft bereits wieder zu neuem Leben erwachte, die bei Kriegsausbruch von diesen dem Ortsvereine zur Unterstützung der Kriegerfamilien uneigennütziger weise zur Verfügung gestellten Gelder zurückzuerstatten. Es solle darüber in nächster Versammlung beschlossen werden. Drei Aufnahmegesuche wurden einstimmig von der Versammlung befürwortet. Eine glatte Ablehnung von seiten der großen Mehrheit der Versammlungsbesucher fand eine Anregung zur Abhaltung eines Tanzvergnügens. Den nächsten Punkt brachte eine Aussprache über die Sitzung des Tarifausschusses vom 14. Februar. Es wurde einmütig anerkannt, daß unsre Gehilfenvertreter hier auf dem Posten gewesen, daß sie für die Gehilfenschaft taten, was im Augenblicke getan werden konnte. Stets haben die Gehilfen für die augenblickliche schwierige Lage unsres Gewerbes das nötige Verständnis gezeigt, aber gerade in diesem Punkte habe man sehen können, wie wenig soziales Verständnis für unsre Existenz bei manchen Prinzipalen vorhanden sei, die doch stets für jede Lohnzulage sich reichlich durch Erhöhung der Drucksachen-, Abonnements- und Inseratenpreise sowie „Schmälerung" der Inseratenspalten schadlos hielten. Der Vorsitzende wurde beauftragt, unserm Gauvorsteher, Kollegen Albrecht (Köln), für sein so wirkungsvolles Eintreten in dieser Angelegenheit beim Tarifausschusse den Dank der Hagener Kollegenschaft abzustatten. Nach etwa einstündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

Heide. Am 1. April konnte der „Heider Anzeiger" auf ein **50jähriges Bestehen** zurückblicken. Das Geschäft wurde am 1. April 1869 vom Kaufmann Johann Ebel begründet und ging im Jahre 1883 an seinen Sohn Rudolf über. Im Jahre 1902 entstand eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht und nahm von da an einen immer größeren Aufschwung. Am Jubiläumstage hielt der Geschäftsführer, Herr Direktor Johnsen, eine kurze Ansprache an das Gesamtpersonal. Von einer eigentlichen Feier wurde Abstand genommen, dagegen überwies das Geschäft jedem Angestellten einen Extralohn. In großer Zahl liefen aus allen Teilen der Provinz Glückwünsche, Telegramme und Blumenspenden ein.

Heidelberg. Die am 9. März abgehaltene **Hauptversammlung** wies einen befriedigenden Besuch auf. Außer dem Vororte waren die zum Bezirke gehörigen Druckorte Adelsheim, Sinsheim, Tauberbischofsheim und Wiesloch vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der Kollegen Greb und Jost, die hoffentlich als letzte dem Kriege zum Opfer fielen, in üblicher Weise geehrt. Nach Genehmigung von sechs Aufnahmegesuchen erstattete Vorsitzender Schneider den Jahresbericht. Insgesamt waren 151 Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen, von denen 25 den Tod fanden; 12 schmachten noch in Gefangenschaft. An die Familien der Eingezogenen wurden seit Kriegsbeginn 11943 Mk. gezahlt, darunter 3485 Mk. aus der Gaukasse. Die seitherige Extrasteuer von 50 Pf. wurde auf 20 Pf. herabgesetzt. Die Kassenberichte lagen gedruckt vor; nach einigen Erläuterungen durch den Vorsitzenden wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die neuen Teuerungszulagen gelangten am 7. Februar, rückwirkend vom 1. Januar ab, zur Auszahlung, nachdem hierwegen ein dreitägiger Streik ausgebrochen war. Die Nichteinstellung von Kriegsteilnehmern sowie Wiederentlassung von solchen nach einigen Wochen seitens einzelner Firmen wurde abfällig kritisiert und der Bezirksvorstand beauftragt, hiergegen die nötigen Schritte zu tun. Nachdem noch mehrere andre Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgten die Wahlen, die nur hinsichtlich des zweiten Vorsitzenden und der Revisoren eine Änderung brachten. Mit dem Wunsche, daß das Jahr 1919 besser enden möge, als es begann, schloß der Vorsitzende in vorgerückter Stunde die Versammlung.

Mannheim. Die am 23. Februar einberufene **Generalversammlung** wurde wegen eingetretener politischer Wirren, die u. a. auch zur Besetzung zweier Druckereien durch die Spartakisten führten, auf den 9. März vertagt. Zunächst wurde das Ableben der Kollegen Link und Kiefer (ersterer als Kriegsopfer) ehrend gedacht. Zur Aufnahme standen zwei Kollegen. Die Aufnahme des einen davon wurde, da der Betreffende Kriegsinvalide, zurückgestellt. Ausgeschlossen wegen verbandswidrigen Verhaltens wurde ein Mitglied in Schwetzingen. Die Teuerungszulagen werden in allen Druckereien bezahlt, nachdem in einigen Fällen nachgeholfen werden mußte. Vorsitzender Dunkel erstattete hierauf den Jahresbericht, der gewaltigen Ereignisse gedenkend, die von einschneidender Bedeutung für unser gesamtes Staats- und Wirtschaftsleben sind. Die Familienunterstützung für die ins Feld gerückten Kollegen erreichte die Summe von 25725 Mk., die durch wöchentlich 50 Pf. Extrabeitrag aufgebracht wurde. Der Gau leistete einen Zuschuß von 12030 Mk. Die Gesamtsumme beträgt 37755 Mk. Die Zahl der während des Krieges einberufenen Mitglieder betrug 437. Dem Kriege fielen 63 Kollegen zum Opfer. Ende 1918 waren 389 Mitglieder vorhanden. Die Neuwahl des Vorstandes rief eine lebhafte Diskussion hervor. Der bisherige [illegible] Als erster Vorsitzender wurde hierauf Kollege Ubrig gewählt. Die Remuneration für den Vorstand wurde der Zeit entsprechend erhöht. Kollege Groh glaubte im Namen aller zu handeln, wenn er den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für die intensive, erfolgreiche Arbeit den Dank aussprach. Wegen vorgerückter Zeit wurden verschiedene zur Diskussion gestellte Fragen bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Naumburg a. d. S. Infolge der durch den Generalstreik unterbrochenen Bahnverbindung war es unserm Gehilfenvertreter unmöglich gemacht, in der zum 26. Februar einberufenen **Versammlung** über die Tarifausschußsitzung berichten zu können. Die trotzdem zahlreich erschienenen Kollegen beschäftigten sich in kurzer Aussprache mit dem örtlichen Generalstreik, der hier nach zweitägiger Dauer am gleichen Tage beendet worden war. Bei der Abstimmung über den Eintritt in denselben hatten sich die einzelnen Druckereipersonale geschlossen dagegen ausgesprochen, um Reibungen zu vermeiden aber daran teilgenommen, nachdem mit 925 Stimmen dafür und 319 dagegen die Beteiligung beschlossen worden war. Dem Zeitungspersonal war das Weiterarbeiten gestattet. — In der **Versammlung** am 16. März erstattete Kollege König (Halle) den bis dahin verschobenen Bericht über die Berliner Ausschußsitzung. Die Mitglieder waren ziemlich vollzählig erschienen und spendeten den Ausführungen des Redners reichen Beifall. Eine Aussprache fand nicht statt, so daß der Vorsitzende der Übereinstimmung der Kollegen mit den Beschlüssen und dem Dank für die Gehilfenvertreter Ausdruck geben konnte. Einem Aufnahmegesuche wurde zugestimmt, der Jahresabschluß unsrer Ortskrankenkasse über das vergangene Jahr zur Verlesung gebracht, und die bevorstehenden Neuwahlen zum Arbeiterrat sowie der Generalstreik nochmals kurz gestreift.

Rundschau

Der 1. Mai als Nationalfeiertag! Gleichzeitig mit der Osterbotschaft der Reichsregierung, welche es als ihre Lebensaufgabe betrachtet, einen schleunigen Frieden nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, herbeizuführen sowie das neue Deutschland zum sozialen Volksstaat auszugestalten, erreicht uns die Nachricht, daß der 1. Mai — vorläufig für dieses Jahr — als Nationalfeiertag erklärt worden ist. Die Deutsche Nationalversammlung hat sich fortschrittlicher gezeigt als die Preußische Landesversammlung, welche bekanntlich einen diesbezüglichen Antrag ablehnte; jene hat sich den Forderungen der Zeit anzupassen verstanden. Zunächst fand der Wunsch der Sozialdemokraten, den 1. Mai als Nationalfeiertag überhaupt festzulegen, bei den Mehrheitsparteien keinen ungeteilten Beifall. Nachdem jedoch seitens der Reichsregierung der Gesetzentwurf vorgelegt worden war, einigten sich die Mehrheitssozialisten und die Demokraten auf folgendes Kompromiß: Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht ist und für den der Charakter eines Weltfeiertags erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Verabschiedung der Verfassung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai begangen, zugleich als eine Volkskundgebung für politische und soziale Fortschritte, für einen gerechten

frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbunde. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag. Aus der über diesen Antrag gepflogenen Diskussion ist hervorzuheben, daß die rechtsstehenden Parteien sich vollständig ablehnend verhielten, während das Zentrum durch seinen Sprecher zum Ausdrucke brachte, es sei zweifellos ein weltgeschichtliches Ereignis, wenn nach langen Kämpfen, wie wir sie haben durchleben müssen, auch der Arbeitende zur wahren Freiheit gelangt, und das Zentrum habe volles Verständnis dafür, wenn dieses Ereignis durch allgemeine Arbeitsruhe in der ganzen Welt gefeiert würde. Da es jedoch ungewiß sei, ob unsre Gegner gewillt seien, einen derartigen Feiertag anzunehmen und einzuführen, könne der größte Teil des Zentrums nicht für den Antrag stimmen. Reichsminister Dr. David hatte in einer außerordentlich wirkungsvollen Rede, mit welcher er die Regierungsvorlage verteidigte, hervorgehoben, am 1. Mai müsse der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. Die werktätigen Volksmassen in allen am Kriege beteiligten Ländern sollten ebenfalls auf dem Plan erscheinen, um für den Völkerbund einzutreten. Mehrheitssozialisten und Demokraten bedauerten, daß die Regierungsvorlage keine Aussicht auf Annahme gehabt habe, und daß es erst des Abänderungsantrags bedurft hätte, um den Tag des 1. Mai wenigstens für dieses Jahr zum Nationalfeiertag zu erheben. Mit Recht betonte unser Kollege Hildenbrand, daß durch eine Ablehnung des vorliegenden Antrags der innere Frieden nicht herbeigeführt werde; sie würde vielmehr das Signal sein, den 1. Mai erst recht zu feiern. Die Unabhängigen traten ebenfalls für den Antrag ein; sie hatten aber außerdem einen weiteren Antrag eingebracht, nach welchem auch der 9. November als Nationalfeiertag erklärt werden sollte. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, während der Antrag der Mehrheitssozialisten und der Demokraten, den 1. Mai für dieses Jahr als Nationalfeiertag gelten zu lassen, angenommen wurde. Dafür stimmten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, der größte Teil der Demokraten und einige Zentrumsabgeordnete. Die dritte Beratung brachte eine namentliche Abstimmung, deren Resultat die Annahme des Antrags mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen zeitigte. Der Gesetzentwurf gelangte daraufhin auch in der Gesamtabstimmung zur Annahme.

Nachahmenswertes Beispiel. Die Buchdruckerei der Wilhelm und Bertha v. Baensch-Stiftung in Dresden zahlte ihrem Personal auf Ansuchen eine Extrateuerungszulage (für Verheiratete einen vollen, für Unverheiratete einen halben Wochenlohn) aus. In derselben Druckerei wurden vom Jahresreingewinne 50000 Mk. in Gestalt einer Stiftung zurückgestellt, deren Zinsen zur Unterstützung von unverschuldet in Not geratenem Personal verwendet werden sollen.

Noch ein Buchdrucker als Polizeipräsident. Der gewesene preußische Minister des Innern, Kollege Eugen Ernst, ist vor einiger Zeit zum Polizeipräsidenten von Berlin berufen worden. Leider werden wir erst jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß Genannter Kollege und auch heute noch Verbandsmitglied ist, sonst hätten wir bereits bei Beginn seiner Ministerlaufbahn unsre Leser davon in Kenntnis gesetzt. Eugen Ernst ist am 20. September 1864 in Murowana-Goslin (Kreis Obornik) geboren, ließ sich zum Schriftsetzer ausbilden und wurde später Hausverwalter der Vorwärtsdruckerei in Berlin. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist er in den verschiedensten Ehrenämtern tätig gewesen; 1902 bis 1903 war Eugen Ernst Firmenträger des Berliner Parteigeschäfts.

Im eignen Verlage. Die bisher als Kopfblatt der „Volkswacht" in Breslau erschienene „Liegnitzer Volkszeitung" erscheint seit 1. April d. J. in eignem Verlage, wird aber vorläufig noch in Lohndruck hergestellt. In etwa zwei Jahren wird die schon gegründete Produktivgenossenschaft Arbeiterdruckerei Liegnitz e. G. m. b. H. eine eigne Druckerei errichten. Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft ist Kollege Robert Matzke, Redakteur der „Liegnitzer Volkszeitung" Kollege Paul Haensch.

Tarifbewegung der Nürnberger Zeitungsbeamten. Sämtliche kaufmännischen Angestellten der Nürnberger Zeitungsbetriebe beschlossen, den Verlegern einen Tarif zur Annahme vorzulegen, dessen wichtigster Punkt die Forderung auf Gewinnbeteiligung ist. Ferner werden eine 44stündige Arbeitswoche und der freie Sonnabendnachmittag sowie Bezahlung der Überstunden verlangt. Im Einkommen sieht der Tarif für die männlichen Angestellten Monatsgehälter von 430 bis 650 Mk. vor, für die weiblichen Angestellten solche von 200 bis 400 Mk. Lehrlinge sollen 50 bis 100 Mk. monatlich zu beanspruchen haben. Die Zahlung einer einmaligen Aufwandsentschädigung für Ledige bis zu 450 Mk., für Verheiratete bis zu 700 Mk. wird außerdem gefordert. Der Tarif soll ab 1. Januar d. J. rückwirkende Kraft erhalten. Bei Ablehnung des Tarifs sind die Zeitungsangestellten gewillt, ihre Forderungen auf dem Wege des Streiks durchzusetzen.

Kontingentierung des Zeitungspapiers. Seitens einiger großindustrieller Betriebe wird zur Zeit eine rege Agitation betrieben, um die Kontingentierung des Zeitungspapiers aufzuheben. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. April d. J. stand nun eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Dr. Heinze mit folgendem Wortlaut auf der Tagesordnung: „Ist die Reichsleitung gewillt, dafür zu sorgen, daß vorläufig an dem bisherigen Verteilungssystem festgehalten wird?" Aus der Beantwortung dieser Anfrage seitens des Vertreters der Regierung, Geheimrat Dr. Trendelenburg, geht hervor, daß die Regierung vorläufig an der bisherigen Kontingentierung festzuhalten gedenkt. Was auch zu begrüßen ist; denn durch eine Aufhebung des Verteilungssystems würde zweifellos nur die großkapitalistische Presse einen Vorteil genießen. Die Rationierung kann nur bei denjenigen Waren aufgehoben werden, die genügend vorhanden sind, was vom Zeitungspapier bis jetzt leider noch nicht gesagt werden kann.

Erhöhung der Papierumsatzabgabe. Laut Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 5. April dieses Jahres ist die von den Beziehern an die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe zu leistende Abgabe für alle Lieferungen von Druckpapier von 20 Pf. auf 25 M. für 100 kg Druckpapier erhöht worden. Diese Erhöhung hat sich notwendig gemacht im Hinblick auf die bedeutend gestiegenen Unkosten, vor allem in Anbetracht der Gehälter der Beamten der Kriegswirtschaftsstelle.

Forderungen nach Abschluß eines Tarifvertrags im Berliner Buchhandel. Die Angestellten im Groß-Berliner Buchhandel hatten bereits vor mehreren Monaten durch ihre Organisation, den Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes, an die Arbeitgeber das Ersuchen gerichtet, zwecks Abschlusses eines Tarifvertrags in Verhandlungen einzutreten. Nach wochenlangem Schweigen der Prinzipale kam es zu Vorbesprechungen, bei welchen seitens der Arbeitgeber die Notwendigkeit statistischer Erhebungen betont wurde, wodurch man die Angelegenheit wiederum auf die lange Bank schob. Nunmehr ist die Geduld der Angestellten jedoch erschöpft. Sie verlangen die sofortige Aufnahme von Verhandlungen und lehnen jede Verantwortung ab, falls ihrem Verlangen nicht stattgegeben würde. Da gleichzeitig auch für das Buch-, Druck-, Papier- und Zeitungsgewerbe Vorverhandlungen verlangt werden und ferner sich die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Handelshilfsarbeiter, Markthelfer, Packer, Kutscher usw. mit den Angestellten solidarisch erklärt haben, muß bei mangelndem Entgegenkommen der Arbeitgeberverbände im Buchhandel, Buch- und Papiergewerbe mit einem Generalstreik sämtlicher Angestellten und Arbeiter gerechnet werden.

Zur Bewegung der Angestellten in der Metallindustrie. Am 15. April traten die Obleute der Berliner Angestellten aller Zweige der Industrie und des Handels zusammen, um zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Sie erklärten sich mit allen Stimmen für den Generalausstand der Angestellten; von einer Proklamation soll jedoch vorläufig noch Abstand genommen werden, bis die nach Weimar entsandte Kommission zurückgekehrt ist und über das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Regierung Bericht erstattet hat. Trotzdem wurde in einer Reihe von Betrieben bereits der sofortige Ausstand beschlossen. Die Gesamtzahl der Angestellten, welche sich voraussichtlich am Generalstreik beteiligen, wird auf 150000 geschätzt.

Neues Arbeitsrecht. Gleich nach Ostern soll, wie aus Berlin berichtet wird, eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammentreten, welche die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeziehungen umfassenden Arbeitsrechts, welche bereits zu einem gewissen Abschlusse gekommen sind, im einzelnen auszuführen hat. Es wird beabsichtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitervertragsrechts einheitlich zusammenzufassen, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln. Überlebtes ist auszuschalten, dem heutigen Sozialbedürfnisse soll Rechnung getragen werden. Außerdem wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch welchen für die gesamte Arbeitsverfassung ein zweckmäßiger und klarer Aufbau geschaffen werden soll. Auch an die Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten will man herantreten, doch bedarf diese Frage noch näherer Prüfung. Nach Beendigung der Vorarbeiten werden die Einzelentwürfe in einem größeren Kreise von Sachverständigen aus allen beteiligten Gruppen zur Erörterung gestellt werden.

Briefkasten

Glückspilz: Eine nette Osterbotschaft! Wie war es doch bis 1902 und lange nachher noch? Das eine wie das andre ist ungesund und trägt die Notwendigkeit einer Korrektur in sich. — **R. B. in B.:** Sie und andre Artikelsinsender haben zu beachten, daß eine Legitimation über die Verbandsmitgliedschaft in irgendeiner Weise der Redaktion gegenüber zu erbringen ist. Es haben schon Leute in ähnlicher Weise zu den Kollegen sprechen wollen, die nicht zu unsrer Organisation gehören. Sonst das Bedenken, daß Sie bedeutend unterschätzen, was wir schon haben, deshalb auch falsche Vergleichstellungen. — **P. M. in Agsdl.:** Wir werden gelegentlich nachforschen; hoffentlich haben wir mehr Glück. — **P. v. K. in Chemnitz:** Abgemacht! — **W. K. in R.:** Das ist ja eine ganz gute Eröffnung der „Saison"!

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Arnsberg. Vorsitzender: Hermann Rüther, Bergstraße 11.
Delitzsch. Kassierer: Wilhelm Droß, Marienstraße 16.
Hohenstaufen. Vorsitzender: Rudolf Käßner, Lychen, Lindenstraße 12.
Luckenwalde. Vorsitzender und Kassierer: C. Barnack, Dahmer Straße 44.
Marienburg. Vorsitzender: Hermann Pullwitt, Birkgasse 13 p.; Kassierer: Max Reimer, Ziegelgasse 11.
Stralsund. Vorsitzender: Joseph Strasser, Albrechtsgasse 238 II; Kassierer: Joseph Westermeier, Marienheim, Mittelsbacher Straße.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Westpreußen der Schweizerdegen Johannes Krause, geb. in Löbau 1872, ausgel. bei 1890; war noch nicht Mitglied. — H. M. David in Danzig-Schidlitz, Karthäuser Straße 86 II.

Versammlungskalender

Breslau. Versammlung Dienstag, den 29. April, abends 6½ Uhr, in Exners Lokal, Mauritiusplatz.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Ostern! — Im Wachen wollen wir lernen. — Mehr Aufwand an Willenskraft! — Auf zur Arbeit im Verband! — Vom zweiten Rätekongreß.

Korrespondenzen: Bautzen. — Darmstadt (M.-M.). — Elbing. — Grünberg. — Hagen. — Heide. — Heidelberg. — Mannheim. — Naumburg.

Rundschau: Der 1. Mai als Nationalfeiertag! — Nachahmenswertes Beispiel. — Noch ein Buchdrucker als Polizeipräsident. — Im eignen Verlage. — Tarifbewegung der Nürnberger Zeitungsbeamten. — Kontingentierung des Zeitungspapiers. — Erhöhung der Papierumsatzabgabe. — Forderungen nach Abschluß eines Tarifvertrags im Berliner Buchhandel. — Zur Bewegung der Angestellten in der Metallindustrie. — Neues Arbeiterrecht.

(Hierzu eine Beilage.)

Graphische Zeitschrift

sucht für Hamburg, München, Berlin und Wien tüchtige, gewandte, zielsichere

Vertreter

Nur erstklassige Bewerber, welche das Inseratenwesen durch und durch kennen, und beständig sind, gute redaktionelle Beiträge zu liefern, kommen in Betracht. Dieselben müssen bereits ähnliche Vertretungen mit nachweisbarem guten Erfolg innegehabt haben. Taktvolles, überzeugendes Auftreten ist Grundbedingung. Meldungen, welchen Lebenslauf, Zeugnisse und Lichtbild beizufügen sind, erbeten unter Nr. 620 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nach Leipzig wird von Schriftgießerei für 1. Mai ein gut empfohlener

erster Akzidenzsetzer

gesucht. Der Betreffende muß geläuterten Geschmack betätigen und schnell gute Handskizzen für die Entwürfe machen können. Es wollen sich nur Bewerber melden, die den Posten voll u. ganz ausfüllen können. Gefl. Angebote mit Belegmustern, Lohnford. und Zeugnisabschriften erbeten unt. Nr. 500 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mehrere Handsetzer

für Russisch gesucht. [605

Spamerscher Buchdruckerei, Leipzig.

Tüchtige

Galvanoplastiker

sofort gesucht. [612

Schriftgießerei Flinsch, Frankfurt a. M.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt einen sehr ordentlichen und tüchtigen [614

Schweizerdegen

welcher guter Papierkenner ist, sicher und zuverlässig kalkulieren kann und selbst überall mit Hand anlegt. Die Stellung ist ganz selbständig u. dauernd. Unbedingtes Erfordernis: Lehrberechtigung. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnissen erbitten umgehend

Wilh. Metzner Nachfolger, Buchdruckerei, Bielefeld.

Buchdrucksachmann

30 Jahre, kaufmännisch und technisch gebildet, tüchtige, arbeitsfreudige Kraft, sucht per bald oder später Stellung. Offerten unter Nr. 619 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Maschinenmeister

erfahren in Werk-, Akzidenz- und Bilderdruck, welcher auch stereotypieren kann, sucht in

Leipzig oder Umgebung

Stellung.

Werte Angebote unter K. 617 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junger

Schriftsetzer

(Werk und Akzidenz) sucht für sofort Stellung. Gefl. Angebote erbeten an R. Barthel, [608

Neu-Sürichen bei Niesky O/L. (Schles.).

Wie soll ich zurichten?

Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Tiegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunstdruck, geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner

Der Buchdrucker am „U-B-J"

Ein Ratgeber z. Einstellung des Universal-Bogenzuführers auf alle Papierarten; 93 S. Oktav, 55 Abb. geb. 1,55 Mk. postfrei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20.

Preisliste 1919, Nr. 4

illustriert

ist erschienen und kostenlos zu haben vom

Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften

Abteilung Verlag: Geschäftsstelle Salomonstraße 8 III. Postscheckkonto 53430.

Schriftschreiben u. Zeichnen!

Lehrbücher, Vorlagen und Werkzeuge im Graph. Verlag R. Siegl, München 2. Katalog 25 Pf.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 13. April unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [618

Paul Rülke

im 24. Lebensjahre.

Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren

Die Kollegen der Mitteldeutschen Verlagsanstalt Mügeln.

Am 13. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinensetzer

Otto Wünsche

aus Dresden im 54. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [615

Die Kollegen der „Dresdner Neuesten Nachrichten".

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 42 — Leipzig, den 19. April 1919

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Vom zweiten Rätekongreß

Die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands traten am 8. April in Berlin zu einem siebentägigen Kongreß zusammen, dessen Hauptberatungspunkte die Fragen der Arbeiterräte und der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens betrafen.

Die Aufgabe des ersten Rätekongresses bestand darin, im unmittelbaren Anschluß an die kaum vollzogene Revolution eine Aussprache zu pflegen über die nächsten politischen Aufgaben, und Garantien zu schaffen für die Überleitung unsres erschütterten Staatslebens in eine gesetzmäßige, den Wünschen der Mehrheit des deutschen Volkes entsprechende Form. Nachdem dieses Ziel inzwischen erreicht worden ist, galt es, auf dem zweiten Rätekongreß sich schlüssig zu werden über die Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie und der Sozialisierung sowie über die feste öffentlich-rechtliche Organisation der Arbeiterräte, über die Mitwirkung der Arbeiter beim wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands.

Es waren auf dem zweiten Rätekongreß vertreten 138 Mehrheitssozialisten, 55 Unabhängige, 9 österreichische Delegierte, 21 Delegierte der Soldatenfraktion, 12 Demokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Christliche Partei, Kommunisten und Parteilose je vier Delegierte, 3 Bauernbündler. Bis auf die Berliner und Leipziger waren die Delegierten auf Grund des vom Zentralrat herausgegebenen neuen Wahlreglements für den zweiten Rätekongreß gewählt worden. Die Arbeiterräte von Berlin und Leipzig waren auf Grund zeitlich zurückliegender Wahlen vertreten, die unter ganz andern politischen und wirtschaftlichen Stimmungen und für wesentlich andersgeartete Aufgaben vorgenommen wurden. Von der Reichsregierung waren auf dem Kongreß anwesend Reichswirtschaftsminister Wissell, Minister des Reichsernährungsamts Robert Schmidt und Kultusminister Hänisch. Als erster Vorsitzender des Rätekongresses fungierte unser Kollege Hauschild (Kassel). Auch unter den Delegierten befand sich eine Anzahl von Verbandskollegen aus den verschiedensten Orten des Reiches. Hervorhebung verdient noch, daß die feste äußere Ordnung, die jetzt über Berlin waltet, und die auch dem nur vorübergehend in der Reichshauptstadt weilenden Fremden schon im Straßenverkehr angenehm auffällt, den Verhandlungen des zweiten Rätekongresses zugute kam. Trotz aller scharfen Auseinandersetzungen schälte sich bereits aus den Verhandlungen der ersten Tage eine Art politischer Machtkern heraus, um den sich ungeachtet aller natürlichen und unnatürlichen Hemmnisse der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu kristallisieren vermag.

Den Bericht des Zentralrats erstattete dessen Vorsitzender Leinert, der sich mit Schärfe zu dem Grundsatze bekannte, daß keine Regierung ohne Machtmittel auszukommen vermöge. Der Kampf gegen den Zentralrat werde so erbittert geführt, weil dieser sich nicht auf den Standpunkt des Rätesystems stelle. Man wollte eine Revolution gegen die Revolution schaffen, die einer Minderheit die Diktatur geben sollte. Demokratisch sei das nicht. Nicht nur mit geistigen, sondern mit andern Waffen würde gekämpft, und zwar gegen eine sozialdemokratische Regierung, die man maßlos beschimpfte, obwohl die Mehrheit des Volkes hinter ihr steht. Die Unabhängigen hätten in einem an den Zentralrat gerichteten Schriftstücke selbst gesagt, sie lehnten jede Putschtaktik ab und hielten Gewalt in der inneren wie der äußeren Politik nur zur Abwehr von Gewalt erlaubt. Diese Gewalt habe die Regierung angewendet. Durchaus nicht alles, was bei der Niederwerfung der Unruhen geschah, werde entschuldigt, aber nicht die Regierung habe den Kampf hervorgerufen, sondern diejenigen, die die Unruhen anstifteten, um zu rauben, zu plündern und zu morden. Auf wirtschaftlichem Gebiete habe der Zentralrat den Standpunkt vertreten, daß der Streik im jetzigen Augenblicke nicht dasselbe Mittel ist wie in den Zeiten der kapitalistischen Gesellschaft. Wir treiben weiter und weiter dem Abgrund entgegen, wir gefährden die Zukunft unsrer Kinder und schaffen eine Aussicht der Armut und des Elends, wenn nicht die Vernunft bei den Arbeitern einkehrt. Wir begrüßen jede gerechte Kritik, denn sie kann uns das Zeugnis nicht versagen, daß wir zum Wohle des Ganzen gearbeitet haben.

In der Diskussion über den Tätigkeitsbericht sprach Richard Müller namens der Unabhängigen das schärfste Mißtrauen gegen den Zentralrat aus. Dieser habe dazu beigetragen, daß die Beschlüsse des ersten Rätekongresses nicht zur Ausführung kamen. Ein andrer Redner, Julius Kaliski, erblickte in einer weitgehenden Umstellung der bereitstehenden Arbeitskräfte von der Industrie auf die Landwirtschaft die einzige Rettung und klagte Mehrheitssozialisten wie Unabhängige in gleicher Weise an, das hierzu Erforderliche nicht getan zu haben. Der unabhängigen Opposition fehle jede schöpferische Kraft. Bei der Debatte über den Generalstreik im Ruhrrevier kam es dann zu außerordentlich stürmischen Verhandlungen. Von der U. S. P. D. lief ein Dringlichkeitsantrag ein, in dem darauf verwiesen wurde, daß der Generalstreik im Ruhrrevier in ein sehr ernstes Stadium einzutreten drohe. Der Kongreß solle die Regierung zu sofortiger Stellungnahme zu der so außerordentlich gefährdeten Lage auffordern. Im Auftrage der Regierung gab Ernährungsminister Schmidt die Erklärung ab, daß sich Reichsminister Bauer nach dem Ruhrrevier begeben habe, um dort mit der Streikleitung zu verhandeln. Vom Standpunkte der Ernährungspolitik sei das Vorgehen der Bergarbeiter zu bedauern. Dadurch komme die gesamte Lebensmittelversorgung und das deutsche Wirtschaftsleben in die höchste Gefahr. Cohen (Zentralrat) hob hervor, daß es Pflicht sei, zu handeln, wenn die Bergarbeiter die Notstandsarbeiten einstellen und die Gruben ersäufen, und schlug weiterhin vor, an die Streikenden auf telegraphischem Wege zu appellieren, unter allen Umständen die Notstandsarbeiten auszuführen, um das deutsche Volk vor Unglück zu bewahren, das durch Ersaufen der Schächte eintritt. Die Mehrheitssozialisten waren ohne weiteres bereit, den Appell zu unterstützen, aber auch Geyer, als Vertreter der Unabhängigen, unterstützte ihn in der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft, die Schächte ersaufen läßt, auch ihre eigne Zukunft ersäuft. Doch auch an die Regierung müsse appelliert werden, es mit der Sozialisierung ernst zu nehmen. Kaliski betonte, wenn die Sechsstundenschicht gefordert werde mit 25proz. Zuschlag zu den gleichen Löhnen wie vorher, so müsse diese Forderung jeden deutschen Arbeiter mit Scham erfüllen. Der Generalstreiksdebatte fehlte schließlich der Schlußantrag ein Ziel. In der dann folgenden Abstimmung wurde die Resolution des Zentralrats im Sinne des Cohenschen Vorschlags nahezu einstimmig angenommen. Ein Zusatzantrag der U. S. P., die Regierung zu ersuchen, alle berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen, wurde abgelehnt, dagegen fand ein andrer Antrag, der dasselbe Ziel verfolgt, ohne die Regierung von vornherein festzulegen, Annahme.

Bei der weiteren Diskussion über den Geschäftsbericht des Zentralrats rollte Stoll als Vertreter der unabhängigen Soldatenfraktion die Geschichte der Revolution seit dem 9. November breit auf und wies dabei die Angriffe gegen die Soldatenräte als unberechtigt aufs entschiedenste zurück. Flügel wies als Vertreter der Demokraten auf die unerfreulichen Unterbrechungen durch Stellung von Anträgen hin, die darauf berechnet sind, parteipolitischen Agitationsstoff zu liefern. Der vom Zentralrat festgesetzte Wahlmodus für den Kongreß sei sehr anfechtbar. Allen Hand- und Kopfarbeitern müsse ein Wahlrecht gesichert sein, ohne Rücksicht auf Einkommensgrenzen. Seine Partei sei gegen Bezirkswahlen und für Wahlen durch Berufsorganisationen. In diesem Sinne solle der Kongreß ein neues Wahlrecht ausarbeiten. Der Zentralrat habe ein gutes Stück ehrliche Arbeit geleistet, die wirklichen Errungenschaften der Revolution hat er zu erhalten verstanden. Leider schätzen die Deutschen immer noch nicht das, was sie besitzen, sondern was vom Auslande kommt. Jetzt sei für sie der russische Bolschewismus die Offenbarung. Cohen vom Zentralrat führte aus, daß die Revolution nicht erkämpft sei, sondern daß sie den deutschen Arbeitern von Entente Gnaden als reife Frucht in den Schoß fiel. Die Unabhängigen konnten auf dem ersten Rätekongreß keinen größeren Fehler machen, als die Beteiligung am Zentralrat abzulehnen. Es sei dies nichts weiter gewesen als eine hohle, auf agitatorische Wirkung berechnete Demonstration. Mit dem Sozialisieren sei es schwer, solange man nicht langsam an den organischen Umbau des Wirtschaftslebens gehen könne. An einigen Beispielen aus der neusten Leninschen Broschüre: „Arbeit, Ordnung und Disziplin", wies Redner nach, daß der Führer der russischen Sowjetrepublik, nachdem das Wirtschaftsleben Rußlands in Grund und Boden gewirtschaftet ist, eine Disziplin von der Arbeiterschaft fordert, wie sie in Deutschland niemand zu verlangen wage. Der Zentralrat sei keine Regierungspartei, er stürme aber auch nicht blindlings gegen die Regierung an, sondern übe an deren Tätigkeit eine sachliche Kritik, die den Parteigenossen in der Regierung nur dienen könne. Braß (Remscheid) verurteilte als Unabhängiger den Austritt seiner Partei aus der Regierung und begrüßte das Bemühen von Cohen und Kaliski, den gemeinsamen Boden für eine Verständigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien zu finden. Infolge einer Wortmeldung des Regierungsmitgliedes Wissell entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Der Kongreß beschloß, den Regierungsmitgliedern nach jedem Redner, wenn es verlangt werde, unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Die Ausführungen des Ministers Wissell wuchsen zu einer scharfen Auseinandersetzung aus mit den Unabhängigen, deren Sozialisierung auf Schlagwörtern beruhe. „Was wollen Sie denn heute sozialisieren?" fragte Wissell. „Einen Steinbruch? Einen Schulthausen? Durch Ihr Treiben haben Sie es dahin gebracht, daß die Lebensmittelschiffe, die wir ins Ausland geschickt haben, nicht nur ohne Bunkerkohlen waren, sondern daß sie auch mit Ballast in See gehen mußten. Wir hatten keine Güter, die wir mitsenden konnten. Es ergreift einen bei der Beobachtung dieser Dinge ein bitteres Gefühl über die grenzenlose Überschätzung der eignen Kräfte, von der die Arbeiterschaft besessen ist, wenn sie unter diesen Umständen an Sozialisierung und an wirtschaftliche Kämpfe denkt."

Der dritte Sitzungstag brachte zunächst Feststellungen bezüglich der Verhaftungen von Ledebour und Brandes (Magdeburg). An Diäten wurden für die Kongreßteilnehmer neben freier Reise 35 Mk. pro Tag festgesetzt. Als Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst werden außerdem bis zu 27 Mk. pro Tag gezahlt. Sodann erklärte Minister Robert Schmidt, daß sich die Regierung wiederholt vergeblich bemühte, eine Verständigung mit den Bergarbeitern herbeizuführen. Schon am 1. April sei für Schwerstarbeiter eine besondere Zulage an Lebensmitteln zugesagt, wenn die volle vereinbarte Schicht verfahren werde. Auf den Kopf der gesamten Belegschaft solle eine Zulage von 50 g Speck pro Woche gewährt werden. Eine Erhöhung sollte erfolgen, sobald die Förderung ein bestimmtes Normalsoll, unter Zuziehung von Arbeitervertretern festgestellt, erreichen oder übersteigen würde. Damit erklärten sich die Vertreter der Bergarbeiter zufriedengestellt. Bei der alsdann fortgesetzten Beratung über den Geschäftsbericht des Zentralrats sagte Seemann (Königsberg) u. a.: Wenn sich die Landarbeiter, die weit mehr Anlaß dazu hätten, ebenso benehmen würden wie unsre Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk. Aber ihr Verantwortlichkeitsgefühl sei zu stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte stattfinden solle, dann sei es besser, die Gelder dafür zu sparen. Vom Zentralrat sei nichts geschehen für einen einheitlichen Ausbau des Rätesystems bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat habe sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reiche zu sichten.

Von rechtssozialistischer Seite wurde ein Antrag eingereicht, wonach der Rätekongreß eine Politik bedauert, die einen kontinentalen europäischen Zusammenschluß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Völkerbundes unmöglich macht. Weiter wird bedauert, daß das deutsche Volk in einen neuen Gegensatz zum französischen Volke hineingetrieben wird, und schließlich verurteilt, daß der deutschen Öffentlichkeit wichtige Tatsachen über die deutsch-französischen Beziehungen vorenthalten oder entstellt wiedergegeben werden. Von den Unabhängigen lief ein Antrag ein, unverzüglich eine Kommission nach dem Sowjetrußland zu entsenden zum Studium der dortigen Zustände.

Die vom eigentlichen Kern weit abschweifende Geschäftsberichtsdebatte wandte sich sodann mehr den Fragen der Soldatenräte zu, denen wir hier nicht folgen können. Angriffe und Rechtfertigungen der offiziellen Militärpolitik wechselten ab mit Vorwürfen an die Adresse der Regierung wegen ihres unentschlossenen Verhaltens. Koenen, der die Unruhen in Halle a. d. S. vom Standpunkte der Unabhängigen besprach, betonte, daß die Stimmung in der Arbeiterschaft eine andre gewesen wäre, wenn die Regierung in der Frage der Sozialisierung das, was sie jetzt tut, ein Vierteljahr früher getan hätte. Reichsernährungsminister Schmidt nahm daraufhin Veranlassung, eine sehr scharfe Attacke gegen die Unabhängigen zu reiten, denen er u. a. vorwarf, es sei noch nie so viel gelogen wie von ihrer Seite. Ein Entrüstungssturm war die Folge, und Geyer (Leipzig) nahm speziell Gelegenheit, die Beschuldigungen der Unabhängigen zurückzuweisen. Die Geschäftsberichtsdebatte wurde geschlossen, ohne daß eine präzise Stellungnahme zur Tätigkeit des Zentralrats erfolgte.

Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen wurden nach dem Vorschlage der Mandatsprüfungskommission von 273 Mandaten 260 für gültig erklärt.

Am vierten Sitzungstage wurde zunächst mitgeteilt, daß alle Bemühungen um die Haftentlassung von Brandes (gegen den begründeter Verdacht auf Hochverrat vorliegen soll) und Ledebour vergeblich gewesen seien. Im Anschlusse daran wurde auf Vorschlag Dr. Rosenfelds der Schaffung eines Gesetzes nähergetreten, das den Mitgliedern des Rätekongresses ein Recht auf Immunität gewährt. Minister Schmidt erklärte sich bereit, den Vorschlag der Regierung zu übermitteln. Ein Antrag betreffend Maßnahmen zur Hebung der Arbeitslosigkeit wurde dem Zentralrat als Material überwiesen. Dann folgte die Beratung zweier Anträge zur Aufhebung des Belagerungszustandes, die Dr. Rosenfeld namens der Unabhängigen begründete. Bei der Abstimmung wird die geforderte Aufhebung des Belagerungszustandes für das ganze Reich abgelehnt, dann auch die für das Ruhrrevier. Dagegen wurde ein Antrag auf Entlassung aller politischen Gefangenen, die aus Anlaß bereits abgeschlossener politischer Bewegungen verhaftet worden sind, mit überwiegender Mehrheit angenommen. Annahme fand weiter, und zwar gegen die Stimmen der Unabhängigen, ein Antrag, der die Errichtung eines Volksheeres auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht fordert. Bis zur Schaffung dieser Volkswehr erhalten die Soldatenräte eine Vertretung beim Reichswehrminister, die in allen Fragen mitbestimmen soll, mit Ausnahme der Verwendung der Truppen. Eine Resolution gegen die Freiwilligenwerbungen wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Damit war der erste Teil des Kongresses als abgeschlossen zu betrachten. Die positiven Ergebnisse standen hinter dem Aufwand an Worten zurück. Erst am fünften Sitzungstage gelangte der zweite und wichtigste Tagesordnungspunkt: „Deutschlands Aufbau und das Rätesystem", zur Beratung. Cohen vom Zentralrat

nahm als erster Redner dazu das Wort. Mit der Wahl zur Nationalversammlung sei viel zu lange gewartet worden. Wäre sie vierzehn Tage nach der Revolution einberufen worden, dann hätte die Nationalversammlung sicherlich eine große sozialistische Mehrheit aufzuweisen gehabt. Es war ein großer Fehler, den revolutionären Schwung nicht ausgenutzt zu haben. Mit dem durch die Schuld der Sozialdemokraten gestärkten Partikularismus gewann der Bolschewismus in Deutschland an Boden, dem die Idee innewohnt, alles Bestehende niederzureißen und eine neue Ordnung aufzubauen, eine Idee, die natürlich eine große Anziehungskraft auf die Massen ausübe. Die Regierung habe auf wirtschaftlichem Gebiete keine Schöpferkraft bewiesen, sie verließ sich allein auf die Gewalt. Aber die äußerste Linke griff zuerst mit Maschinengewehren die Regierung an. Die erste Tat der Münchner Räteregierung sei die Verhängung des Standrechts gewesen. Die deutschen Gewerkschaften waren sehr geeignet, den Träger des Produktionsgedankens zu bilden. Aber sie waren zu wenig elastisch, sonst hätten sie sich an die Spitze des Rätegedankens stellen müssen. Wenn sie richtig gehandelt hätten, wäre nicht eine reine Klassenvertretung übrig geblieben. Es besteht aber bestimmte Hoffnung, daß sich die Gewerkschaften zurückfinden werden, denn wir können sie nicht entbehren. Die Regierung muß in dem Rätegedanken den gesunden Kern herausnehmen. Die äußerste Linke beharrt auf den Forderungen der Diktatur. Die Sinnlosigkeit dieser Bestrebungen hat sich schon genügend in Rußland erwiesen. Die Räteherrschaft in Bayern stellt nur einen Witz in der Weltgeschichte dar. Sollten die Räte in Deutschland zur Herrschaft kommen, so werden sie sich höchstens ein halbes Jahr halten können. Die sozialistische Zukunft können wir nur erringen, wenn wir an der Hebung der Produktion arbeiten. Ein sozialistisch gerichtetes Deutschland wird auch die übrigen Völker Europas, ja der ganzen Welt anziehen und die Schaffung der Produktionsgemeinschaft des europäischen Festlandes vorbereiten.

Aus dem Korreferat Däumigs seien folgende Hauptgedanken wiedergegeben: Gegen die deutschen Arbeiter sei hier in allen Tönen losgezogen worden, aber nicht gegen das Unternehmertum, das vielfach Sabotage mit der deutschen Volkswirtschaft treibe. In der Nationalversammlung sei alles Heil erblickt, und in dieser Illusion habe der Zentralrat eine Todsünde nach der andern an dem Rätegedanken begangen. Allerdings sei das Rätesystem nicht vereinbar mit dem Wesen der rein formalen Demokratie, auf der allein ein Staatswesen nicht aufgebaut werden kann. Der formalen demokratischen Gleichheit muß auch die ökonomische Gleichheit zugrunde gelegt werden. Wenn der Kongreß die politische Betätigung der Arbeiterräte nicht stabilisiert, werde es keine Ruhe unter den Massen geben. Der alte Obrigkeitsstaat muß durch frische sozialistische Kräfte verjüngt werden. Wir verlangen die Durchdringung des politischen und wirtschaftlichen Wesens mit dem Rätesystem und seine Teilung auf politischer und wirtschaftlicher Grundlage.

Als erster Redner kam als Vertreter der Demokraten Dr. Michaelis zu Worte, der ausführte, der Sinn der Revolution sei der, daß über die Vorrechte der Geburt und über den Kapitalismus hinweg der Arbeit der erste Platz eingeräumt und erkämpft werden müsse. Unvereinbar mit den Grundsätzen der wahren Demokratie sei das Verlangen der Unabhängigen, den Arbeiterräten die höchste Macht auch in allen politischen Fragen zuzuerkennen.

Reichsminister Wissell: Von Cohen wie Däumig seien lebhafte Vorwürfe erhoben worden, daß die Regierung dem Zeitgeiste nicht Rechnung trage. Das sei eine Erscheinung, die alle Revolutionszeiten charakterisiere. Es sei aber auch das Charakteristikum aller Revolutionszeiten, daß sich die neuen Ideen dermaßen überstürzen, daß ihnen keine Regierung der Welt mit gesetzgeberischen und organisatorischen Maßnahmen auf dem Fuße folgen könnte. Die Regierung habe keine einzige Idee der Revolution preisgegeben. Entweder regieren wir nach den Grundsätzen der Demokratie, oder wir haben keine Demokratie. Eine halbe Demokratie gibt es ebensowenig, wie es eine halbe Wahrheit gibt. Nur die Demokratie kann die Grundlage unsres Handelns sein. Alles andre ist Diktatur. Die Konsequenz der Anträge der beiden sozialistischen Parteien gehe dahin, daß das Rätesystem die politische Vertretung der Arbeiter schlechthin umfassen solle. Die Voraussetzungen für das aktive und passive Wahlrecht solle die Leistung „gesellschaftlich notwendiger Arbeit" sein. Die Konsequenzen dieser Forderung in bezug auf Arbeitslose, Veteranen, Werkmeister und Frauen führte Wissell dem Kongreß sehr anschaulich vor Augen. Auch darauf wies er nachdrücklich hin, daß ohne die Hilfe der Gewerkschaften und ohne Mitwirkung der Unternehmer die Wirtschaftsorganisation nicht im Gange zu halten sei. Schließlich empfahl er die Regierungsvorlage, die einen Wirtschaftsrat vorsehe, zu dem alle im Wirtschaftsprozeß Tätigen ein freies Wahlrecht hätten und der den Arbeitern stärksten Einfluß sichere. Unter lebhaftem Beifalle teilte Kongreßvorsitzender Hauschild mit, daß Brandes (Magdeburg) aus der Haft entlassen sei. In der weiteren Debatte brachten die Reden Kaliskis und Richard Müllers noch besonders bemerkenswerte Momente. Ersterer verlangte, daß die Arbeiterschaft in die Leitung der Produktion hineinkomme. Jeder Arbeiter solle Mitberater und Mitbestimmer sein. Der Vorschlag der Regierung habe überhaupt keine Organisation. Die Arbeit müsse zum Prüfstein aller Dinge werden. Als Krönung der Wahldemokratie werde die Demokratie der Arbeit gefordert. Es sei heute so leicht zu streiken wie es früher leicht war Hurra zu schreien. Die Unabhängigen dürften nicht glauben, den Geist der Menschen mit Diktatur beleben zu können, der sozialistische Staat kenne keinen Zwang. Lediglich die kapitalistischen Instinkte des Unternehmers gelte es zu töten, aber der Mann müßte erhalten bleiben. Müller sprach aus, daß zum Wiederaufbau die ganze Kraft des geeinten Proletariats nötig sei, aber die alte Sozialdemokratie verhindere die Einigung, weil sie einen ununterbrochenen Kampf gegen die Arbeiterräte führe. Nicht durch die Streiks der Arbeiter, sondern durch die Sabotage der Unternehmer sei die Produktion ins Stocken geraten. Die Sozialisierung könne nur durchgeführt werden durch die Arbeiter selbst, aber nicht dadurch, daß man, wie es der Regierungsentwurf wolle, den Unternehmern irgendwelchen Einfluß einräume. Das Gebot der Stunde sei, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Redner empfahl zum Schlusse den Vorschlag der Unabhängigen zur Rätefrage, auf dessen Boden ein neues Deutschland aufgebaut werden könne.

Am sechsten Sitzungstage kam noch eine ganze Reihe von Rednern zu Wort, die sich überwiegend für die Verleihung der ökonomischen Macht an die Arbeiterräte, aber gegen die Zuerkennung der politischen Gewalt aussprachen. Vom Vertreter der Bauern und Landarbeiterräte wurde eine besondere Räteorganisation für die schaffende Landbevölkerung gefordert. Ein Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft trat für den Vorschlag der Demokraten in der Rätefrage ein, in dem Bestreben, der Arbeit und dem Arbeiter die ihm zukommende Stelle zu geben. Die Errungenschaften der Revolution würden durch nichts mehr gefährdet als durch das sinnlose Wüten innerhalb der Arbeiterschaft. Nach den Schlußbegründungen von Cohen und Däumig, der betonte, daß die den Unternehmern im Antrage Cohen eingeräumte Gleichberechtigung das eigentlich trennende Moment sei, kam es zur Abstimmung. Gegen die Stimmen der Unabhängigen und einigen Demokraten gelangte folgender ergänzter Antrag Cohen zur Annahme:

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muß die sozialistische Demokratie sein. Die formal-demokratische bürgerliche Demokratie wertet in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nach der bloßen Zahl. Die sozialistische Demokratie muß deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen strebt.
2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kammern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitleistenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind.
3. Zu diesem Zweck bildet jedes Gewerbe unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien (einschließlich der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in den die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.

3a. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelegten Betrieben erfolgen.

3b. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbezweigs der Gemeinde wird mit dem Produktionsrat des gleichen Zweigs in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralproduktionsrat verbunden.

4. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinsten Wirtschaftseinheit beginnt.
5. Diese ist die Gemeinde resp. Großgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengelegt.
6. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Überall besteht eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit.
7. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinander folgenden Jahren von der Volkskammer (Gemeindevertretung, Kreisausschuß, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft.
8. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen.
9. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungsgesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiete die Initiative zu ergreifen. Der Volkskammer gehen in der Regel die Gesetzentwürfe allgemein politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Zuteilung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

Außerdem wurde ein Zusatzantrag angenommen, bis zur Neuregelung der Arbeiterräte die bestehenden Räte beizubehalten und auch ihre Funktionen festzulegen.

Auf der Tagesordnung des siebenten Sitzungstages stand das Thema „Sozialisierung des Wirtschaftslebens". Die hierzu vorliegende Resolution Kautsky hat folgenden Wortlaut:

Ökonomische Befreiung des Proletariats ist nicht möglich ohne Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Das Proletariat kann sich nur befreien durch seine eigne Kraft; die machtvollste Triebkraft dafür bildet das organisierte, klassenbewußte Proletariat, als dessen vornehmste und kraftvollste Organisation in der heutigen wirtschaftlichen Situation Deutschlands die Arbeiterräte zu betrachten sind. Nur ihre Macht verbürgt die rascheste Sozialisierung, jedoch nur dann, wenn in dem Betriebszweige nicht bloß die Arbeiter, sondern auch Vertreter der Konsumenten und der technischen und ökonomischen Wissenschaften ausreichend zur Geltung kommen. Den Konsumenten winken niedrige Preise, den Arbeitern erhöhte Löhne, kurze Arbeitszeiten, Sicherheit der Existenz und Verwandlung aus bloßen Werkzeugen der Bereicherung andrer zu freien und gleichberechtigten Genossen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Die Sozialisierung läßt sich jedoch angesichts des ökonomischen Zusammenbruchs infolge des Krieges unter keiner Produktionsweise sofort allgemein realisieren. Um so wichtiger ist zunächst die Verkürzung der Arbeitszeiten, Sicherheit der Existenz und freie Teilnahme der Arbeiter an der Produktion. Eine Neuorganisation des wirtschaftlichen Lebens kann nur schrittweise vorangehen! Aber um so dringender notwendig ist, daß sie von einer Regierung in die Hand genommen wird, die entschlossen ist, die Sozialisierung aufs energischste zu fördern, und die sich dabei durch die Widerstände der alten Mächte, der Kapitalisten, der Agrarier, der Bureaukraten in keiner Weise beirren läßt. Die heutige Regierung zeigt diese Entschlossenheit nicht. Nur eine rein sozialistische Regierung, gestützt auf die Geschlossenheit des deutschen Proletariats, vermöchte dem Sozialisierungsgesetz jenen Schwung zu verleihen, der den Arbeitern Interesse an der Arbeit einflößt, den Streiks und Unruhen ein Ende macht und die Atmosphäre der Arbeitsfreudigkeit schafft, in der allein das deutsche Volk von der galoppierenden Schwindsucht genesen kann, in die es der fluchwürdige Krieg gestürzt hat.

An Stelle ihres erkrankten Gatten hatte Frau Kautsky das einleitende Referat übernommen. Sozialisierung bedeute Beseitigung der Grundlagen des Kapitalismus. Für das Proletariat gelte es, diese Grundlagen nicht zu zerstören, sondern zu benutzen. Auf die russischen Arbeiterräte und ihre Stellung zum Sozialismus kam die Rednerin speziell zu sprechen. Den Arbeiterräten falle bei der Sozialisierung die entscheidende Rolle zu. Die Sozialisierung sei nicht nur eine Machtfrage zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch eine Frage der Organisation. Wer die Sozialisierung beschleunigen wolle, müsse dafür sorgen, daß wir aus dem gegenwärtigen Chaos herauskommen. Die Sozialisierung soll keine Notbaracke sein, sondern ein fester Bau für die kommenden Jahrhunderte. Wir müssen uns hüten, das russische Vorbild nachzuahmen. Warnen uns doch selbst die Russen vor ihren Fehlern. Der Ruf nach sofortiger Vollsozialisierung ist nichts weiter als ein Schlagwort. Auch durch Lohnforderungen kann man nicht eine Beschleunigung der Sozialisierung herbeiführen. Das wäre eine Sozialisierung des Bankrotts. Wir fordern ein zentrales Sozialisierungsamt mit weitgehendsten Befugnissen und sofortige Verstaatlichung von Grund und Boden der Fideikommisse und Bergwerke. Nur die Spaltung des Proletariats ist schuld an der Unentschlossenheit der Regierung. Denn wären die Arbeiter einig, dann hätten wir eine einheitliche Regierung. Lebhafter Beifall des ganzen Kongresses folgte den Darlegungen der Rednerin. In der Diskussion erklärte Kaliski für die Sozialdemokraten, dem Referat nicht viel hinzuzufügen zu haben. Die vorgelegte Resolution Kautskys biete weite und breite Angriffspunkte. Die Grundlage des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens könne nur die Produktion sein. Redner schlug vor, die Resolution Kautsky und alle andern zur Sozialisierung vorliegenden Resolutionen dem neuen Zentralrat zuzuweisen, ohne daß Abstimmungen darüber vorgenommen werden. Diesem Vorschlage wurde, nachdem noch mehrere Redner, unter ihnen Minister Wissell, zu Worte gekommen waren, vom Kongreß entsprochen.

Von sonstigen Beschlüssen des Kongresses seien noch kurz erwähnt der von beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingebrachte Antrag, der die gegenwärtige auswärtige Politik der Regierung verurteilt, die Polenpolitik als verfehlt bezeichnet, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten gegen Rußland und den Rücktritt Erzbergers von der Waffenstillstandskommission fordert. Ferner ein Antrag, der die schleunige Veröffentlichung des Aktenmaterials über die Vorgeschichte des Krieges verlangt.

Bei der Wahl des Zentralrats gab Richard Müller die Bedingungen bekannt, unter den sich die Unabhängigen an einer Wahl beteiligen wollten. Darin wurde verlangt: Der Zentralrat ist die höchste Instanz aller Arbeiter- und Bauernräte. Er besteht aus 28 Mitgliedern. Der Zentralrat hat die Aufgabe, das werktätige Volk in eine Räteorganisation zusammenzufassen, um mit deren Hilfe die Sozialisierung vorzubereiten und durchzuführen. Sobald die Arbeit des Zentralrats einen gewissen Abschluß erreicht oder Hemmungen erleidet oder die Hälfte der Mitglieder es verlangt, ist sofort ein Rätekongreß einzuberufen. Diese Bedingungen wurden vom Kongreß gutgeheißen. Ein weiterer Antrag der U. S. P. D. auf paritätische Besetzung des Zentralrats durch beide sozialdemokratische Parteien wurde aber mit 91 gegen 81 Stimmen abgelehnt. Darauf gab die S. P. D. ihre Bereitwilligkeit bekannt, unter Verzicht auf die Verhältniswahl den Unabhängigen zehn Mandate zu überlassen. Darauf gingen jene nicht ein. Später wurde ein neuer Vorschlag der S. P. D. unter Stimmenthaltung der U. S. P. D. und der Soldatenfraktion angenommen, nur 21 Sitze im neuen Zentralrat zu besetzen und sieben der U. S. P. D. freizuhalten. Bei der Wahl wurden in den Zentralrat gewählt 16 Mitglieder der S. P. D., darunter Cohen, von den Demokraten Lehrer Flügel. Im Anschlusse daran wählte der Kongreß in den provisorischen Reichssoldatenrat neun Mitglieder. Alle noch vorliegenden Resolutionen wurden dem neuen Zentralrat zur Erledigung überwiesen. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und nach einem Schlußworte des Vorsitzenden wurde der Kongreß mit einem Hoch auf den menschheitsbefreienden Sozialismus geschlossen.